



## **Newsletter Hochschule und Wissenschaft, Ausgabe 60, 21.05.2010**

---

### **Stipendienprogramm fördert soziale Schieflage**

### **Landeskinderregelung in der Bürgerschaft gekippt!**

---

#### **Stipendienprogramm fördert soziale Schieflage**

Am 4. Juni steht die Gesetzesinitiative der Bundesregierung, ein nationales Stipendienprogramm zu schaffen, auf der Tagesordnung des Bundesrats: Anlass für den grün-roten Dringlichkeitsantrag, der den Senat auffordert, dem nicht zuzustimmen und auf eine sozial gerechtere Studienfinanzierung hinzuwirken, die das BAföG weiterentwickelt und die familienbezogenen Leistungen künftig nicht den Eltern, sondern den Studierenden direkt auszahlt.

Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin: „Es kann und darf nicht sein, dass 71 Prozent der Akademikerkinder eine Hochschulausbildung machen, aber nur 23 Prozent der Nicht-Akademikerkinder. Sie sind nicht dümmer, sie haben lediglich schlechtere Chancen im Bildungssystem und bei der Finanzierung ihres Studiums. Nun kommt die schwarz-gelbe Bundesregierung und verschärft diesen Missstand. Sie will bis zu acht Prozent der Studierenden über dieses Programm fördern. Das ist teuer und nicht zielführend.“ Geplant ist, dass nach Begabung und Leistung Stipendien von 300 Euro im Monat von den Hochschulen vergeben werden, finanziert zur Hälfte aus der Privatwirtschaft und zu je einem Viertel vom Bund und den Ländern. Die Verwaltungskosten sollen die Länder zahlen, die Hochschulen sollen die privaten Spender einwerben. Die privaten Spender können sich die Personen und die Studiengänge aussuchen, die sie fördern wollen; und sie müssen sich nur für zwei Semester verpflichten.

„Wem soll so ein Stipendium eigentlich helfen?“, fragte Silvia Schön, „Ein Jahr Finanzierungsgarantie, dabei viel Verwaltungsaufwand. Es hilft niemandem! Wir wissen von den Begabtenförderwerken, dass gerade die Studierenden aus den Akademikerfamilien deutlich bessere Chancen haben als aus Nicht-Akademikerfamilien. Dieses

Programm wird die soziale Disparität erhöhen und ist das Gegenteil von Chancengerechtigkeit.“ Gleichzeitig will die Bundesregierung das Büchergeld für die Stipendiaten der Begabtenförderwerke von 80 Euro auf 300 Euro im Monat erhöhen. Dagegen laufen selbst die Nutznießer, die Stipendiaten, Sturm. In einer Online-Petition haben sie auf die soziale Schieflage aufmerksam gemacht und sind der Auffassung, dass die Bundesregierung in der Form davon Abstand nehmen soll. Schön: „Was ist das für eine Regelung, bei der die Nutznießer in der Form Nein sagen? Wir tun das auch und bitten den Senat, auf die Bundesregierung einzuwirken, um das Geld zur Ausstattung des BAföG einzusetzen. Das ist bitter nötig, denn das BAföG wird lediglich um zwei Prozent angehoben.“

### **Landeskinderregelung in der Bürgerschaft gekippt!**

Die Landeskinderregelung läuft nun endgültig im August 2010 aus. Das Gesetz hatte die große Koalition vor gut vier Jahren gegen erbitterten Widerstand der Grünen verabschiedet. Am Mittwoch wurde das Gesetz auf Initiative der Grünen und der SPD in der Bürgerschaft gekippt, eine Verlängerung des Bremischen Studienkontengesetzes verhindert. Mit dem Gesetz sollten Studierende, die nicht in Bremen leben, bereits nach zwei Semestern Studiengebühren bezahlen. Dies müssen Bremer Studierende jedoch erst ab dem 15. Semester, also erst vier Semester nach Ablauf der Regelstudienzeit. Außerdem gibt es Härtefallregelungen, die besondere Bedingungen von Studierenden extra berücksichtigen. Nun läuft das Gesetz nach fünf Jahren im August aus und wird nicht verlängert.

Silvia Schön als wissenschaftspolitische Sprecherin der grünen Fraktion: "Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, die Landeskinderregelung in dieser Woche in der Bürgerschaft zu kippen. Von Anfang an waren wir gegen das Gesetz. Wir halten es einerseits nicht für verfassungskonform, andererseits wollen wir Studierende aus sozialen Gründen nicht ausgrenzen. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Gerade zur Bekämpfung des Fachkräftemangels brauchen wir die jungen Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern. Darüber hinaus ist es in einem vereinten Europa aus unserer Sicht geradezu absurd, wenn Bundesländer sich in Ausbildungsfragen abschotten. Es gibt auch andere Wege, damit die Studierenden sich entscheiden, nach Bremen zu ziehen. Das Begrüßungsgeld in Höhe von 150 Euro für Studierende etwa, die sich mit erstem Wohnsitz in Bremen anmelden, ist hier sicher sinnvoller und zeitgemäßer."

Bestätigt sehen sich die Grünen auch durch die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Sie zeigt, dass ein großer Teil der Studierenden arbeiten muss, um das Studium finanzieren zu können. Um erfolgreich im Studium zu sein, brauchen Studierende eine verlässliche finanzielle Grundlage. Dass Studierende ab dem 15. Semester Langzeitstudiengebühren bezahlen müssen, halten die Grünen jedoch für geboten, weil es auch im Interesse der Studierenden ist, zügig zu studieren und die Hochschulen es sich nicht leisten können, auf die 1,4 Millionen Euro Einnahmen zu verzichten. Dieses Geld kommt unmittelbar der Lehre zugute.

## **AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:**



Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin

[silvia.schoen@gruene-bremen.de](mailto:silvia.schoen@gruene-bremen.de)

(Tel.: 3011-231)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend

[tobias.erzmänn@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmänn@gruene-bremen.de)

(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.